

Gemeinsame Pressemitteilung

Hilfswerke und Verbände kritisieren Energievertrag mit Brasilien

Kritik an Plänen der Bundesregierung zur Ausweitung der Agrosprit-Importe aus Entwicklungsländern bekräftigt – Gravierende Probleme in Brasilien beklagt – Bundeskanzlerin Merkel um Gespräch gebeten

(Stuttgart, Bonn, Köln, Aachen, Berlin, 14.5.2008). Kirchliche Hilfswerke und entwicklungspolitische Verbände kritisieren das Energieabkommen zwischen Deutschland und Brasilien, das im Zentrum des Staatsbesuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Brasilien steht, wegen der Gefahr steigender Einfuhren von Agrosprit. Die gravierenden negativen Folgen für die einheimische Bevölkerung belegten aktuelle Studien, heißt es. Die Organisationen bitten angesichts der aktuellen Hungerkrise die Kanzlerin um ein Gespräch.

Ihre Kritik an Agrospritimporten aus Lateinamerika begründen die Organisationen mit den Ergebnissen eigener Untersuchungen sowie einer Studie des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“ und des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika zur Agroenergieproduktion. Demnach kommt es teilweise zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen sowie zu erheblichen Preissteigerungen für Nahrungsmittel.

„Brasilien ist trotz ambitionierter Programme weit davon entfernt, die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards bei der Erzeugung von Agrosprit zu gewährleisten“, kritisiert der Geschäftsführer des katholischen Hilfswerks Misereor, Dr. Martin Bröckelmann-Simon. Die Agrosprit-Produktion führt laut Bröckelmann-Simon zu Landverreibungen, der Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion und der fortschreitende Zerstörung der Wälder. Dies diene keinesfalls einer nachhaltigen Bekämpfung des Klimawandels.

„Wir können Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung und teilweise explosionsartige Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel wie Reis und Bohnen belegen“, unterstreicht der Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation FIAN, Dr. Flavio Valente. Nach seinen Angaben wurden allein 2007 rund 3.000 Sklavenarbeiter von Zuckerrohrplantagen befreit.

„Auch in Kolumbien hat der Palmöl-Boom die prekäre Menschenrechtslage weiter verschärft“, kritisiert die Direktorin des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“, Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel. Kleinbauern seien gewaltsam von mehr als fünf Millionen Hektar Land vertrieben worden. Füllkrug-Weitzel: „Agroenergie solcher Herkunft hat in Deutschland nichts zu suchen.“

„Angesichts der Hungerkrise haben wir Frau Merkel um ein Gespräch gebeten“, erklärt Dr. Claudia Warning, Vorstand des Evangelischen Entwicklungsdienstes. „Deutschland sollte sich in Brüssel gegen die Ausbauziele für Agrosprit einsetzen“, betont Jan Kowalzig, Klima-Referent bei Oxfam.

Für nähere Informationen stehen Ihnen zur Verfügung:

Brot für die Welt: Thomas Hirsch, 0171-5217719, t.hirsch@brot-fuer-die-welt.de

Evangelischer Entwicklungsdienst: Rudi Buntzel, 0175-5642081, rudolf.buntzel@eed.de / Luciano Wolff, 0170-6901072, luciano.wolff@eed.de

FIAN (FoodFirst Information & Action Network): Sofia Monsalve, 0173-7570286, monsalve@fian.org

Misereor: Ulrike Bickel, 0241-442561, bickel@misereor.de

Oxfam: Jan Kowalzig, 0177-4917135, jkowalzig@oxfam.de